



Kleine Anfrage

des Abgeordneten Christopher Vogt (FDP)

und

Antwort

**der Landesregierung – Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie
und Tourismus**

Vorschläge des Umweltministers zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren

Vorbemerkung des Fragestellers:

In einem Beitrag für den Tagesspiegel am 16. Februar 2023 hat Umweltminister Tobias Goldschmidt schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren gefordert und dazu verschiedene Vorschläge gemacht, unter anderem hat er eine neue politische Priorisierung der Vorhaben des vordringlichen Bedarfes des Bundesverkehrswegeplanes vorgeschlagen.¹ In den Antworten auf die Kleine Anfrage 20/613 hat die Landesregierung keine Antwort auf die Frage gegeben, welche konkreten Maßnahmen und Initiativen seitens der Landesregierung ergriffen bzw. unterstützt werden.

1. Welche konkreten Maßnahmen verbergen sich hinter den Vorschlägen des Umweltministers und welche konkreten beschleunigenden Effekte verspricht sich die Landesregierung von diesen Maßnahmen? Bitte nach einzelnen Maßnahmen differenzieren.

¹ Quelle: Tagesspiegel Background, „Echte Vorhabenbeschleunigung statt Ampel-Hickhack“, 16. Februar 2023, online unter: <https://background.tagesspiegel.de/energie-klima/echte-vorhabenbeschleunigung-statt-ampel-hickhack> (Zugriff am: 16. Februar 2023).

Antwort:

Der Umweltminister hat in seinem Debattenbeitrag für eine ganzheitliche Betrachtung von Infrastrukturvorhaben im Sinne einer Vorhabenbeschleunigung über verschiedene Rechts- und Politikbereiche sowie Projektphasen hinweg geworben.

2. Sind die Vorschläge des Umweltministers innerhalb der Landesregierung abgestimmt und stellen sie die offizielle Position der Landesregierung dar? Bitte erläutern.

Antwort:

Es handelt sich um einen Debattenbeitrag des Umweltministers.

3. Welche konkreten Maßnahmen zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen aus Sicht der Landesregierung ergriffen werden und welche Initiativen ergreift die Landesregierung sowohl auf Landes- als auch Bundesebene, um die Umsetzung dieser Maßnahmen zu erreichen?

Antwort:

Dies wird aktuell im Zuge des Normenscreenings ermittelt.

4. Für welche Autobahn- und Bundesstraßenprojekte in Schleswig-Holstein strebt die Landesregierung eine Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren an?

Antwort:

Um die Transformation hin zu einem wirtschaftlich starken und klimaneutralen Industrieland zu beschleunigen, müssen Planung, Genehmigung und Ausführung von Infrastrukturvorhaben insgesamt erheblich schneller werden.

5. Inwiefern macht es aus Sicht der Landesregierung in der Debatte um die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren einen Unterschied, ob es um die Beschleunigung des Neu- und Ausbaus von Stromleitungen, Schienenwegen, Wasserstraßen oder Straßen geht? Bitte erläutern.

Antwort:

Dies hängt von der konkreten rechtlichen Fragestellung ab.

6. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass die Beschleunigung sämtlicher Vorhaben des vordringlichen Bedarfes des Bundesverkehrswegeplanes einer gleichberechtigten Behandlung aller Infrastrukturbereiche entspricht und somit das Gegenteil einer Unterscheidung in „gute“ und „böse“ Projekte ist? Bitte erläutern.

Antwort:

Die Landesregierung unterscheidet nicht zwischen „guten“ und „bösen“ Projekten. Die Landesregierung strebt eine bedarfsgerechte Behandlung von Infrastrukturprojekten in Abwägung mit den gesetzlichen Schutzgütern an.

7. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass die Grundlage für die im Bundesverkehrswegeplan und den entsprechenden Ausbaugesetzen verankerten Vorhaben eine politische Einigung und ein parlamentarisches Gesetzgebungsverfahren ist, wodurch bereits der politische Wille zur Umsetzung dieser Vorhaben festgestellt wurde? Bitte erläutern.

Antwort:

Ja. Zur Gewährleistung einer größtmöglichen Planungssicherheit ist eine kontinuierliche Verfolgung der Ziele des aktuellen Bundesverkehrswegeplans, mit Planungshorizont bis 2030, wichtig. Gleichzeitig ist sich die Landesregierung bewusst, dass mit dem Koalitionsvertrag der Bundesregierung ein neuer Infrastrukturkonsens angestrebt wird sowie der Bundesverkehrswegeplan überprüft und auf Basis neuer Kriterien zu einem Bundesverkehrswege- und -mobilitätsplan 2040 entwickelt werden soll.

8. Basieren die Aussagen des Umweltministers zum LNG-Beschleunigungsgesetz im Tagesspiegel-Beitrag auf den Ergebnissen des Normenscreenings? Wenn ja, seit wann liegen die Ergebnisse des Normenscreenings vor und zu welchen weiteren Ergebnissen zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren ist das Normenscreening gelangt? Wenn nein, auf welchen Kenntnissen fußen stattdessen die Schlussfolgerungen des Umweltministers?

Antwort:

Nein. In seinem Debattenbeitrag bezieht sich der Umweltminister auf Erfahrungen, die in Schleswig-Holstein beim Stromnetzausbau und bei der Genehmigung der LNG-Infrastruktur gemacht wurden.